

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katrin Vogel (CDU)**

vom 03. Juli 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Juli 2014) und **Antwort**

Tunnelsperrungen auf der BAB A 113 Tunnel Altglienicke und Rudower Höhe

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie entwickelt sich die Anzahl Sperrungen der Tunnel Altglienicke und Rudower Höhe in den letzten 5 Jahren?

Antwort zu 1: Im Jahr der Eröffnung der BAB A 113 (Mai 2008) konnten nur die acht noch verbleibenden Monate berücksichtigt werden. In diesen wurden insgesamt 34 Sperrungen registriert.

Sperrungen in den Jahren:

2009 153 Sperrungen

2010 206 Sperrungen

2011 171 Sperrungen

2012 149 Sperrungen

2013 214 Sperrungen

Frage 2: Welches waren die wesentlichen Ursachen für die Sperrungen?

Antwort zu 2:

Unfälle: 23 Sperrungen

Hohes Verkehrsaufkommen: 2 Sperrungen

Sonstiges (Höhenkontrolle, Baustellen, techn. Probleme): 902 Sperrungen

Frage 3: Wie lange ist die durchschnittliche Dauer der Sperrung?

Antwort zu 3: Die Dauer der Sperrzeiten wird nicht erfasst.

Frage 4: Gibt es Unterschiede hinsichtlich der Fahrtrichtungen?

Antwort zu 4: Ja, unter Berücksichtigung aller Sperrursachen wurde die Fahrtrichtung Nord seit der Eröffnung im Mai 2008 557 mal gesperrt, die Fahrtrichtung Süd 349 mal.

Frage 5: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Anzahl der Sperrungen zu reduzieren?

Antwort zu 5: Ursache der Sperrungen sind erforderliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Tunnel. Die Hauptursache der Sperrungen liegt in der Auslösung der Höhenkontrollen, bei der keine Möglichkeit zur Reduktion der Sperrungen besteht.

Frage 6: Sind die Umleitungsstrecken ausreichend oder gibt es hier Planungen für die Zukunft?

Antwort zu 6: Bei Tunnelsperrungen können alternative Routen als Umleitungsstrecken genutzt werden. Für die Umfahrung sind die Bedarfsumleitungen U16 und U17 ausgeschildert. Die Umleitungsstrecken können nicht das gesamte Verkehrsaufkommen einer Autobahn aufnehmen. Dem entsprechend kann es auch auf Umleitungsstrecken zu Staus und Fahrzeitverlängerungen kommen.

Die rechtzeitige Weitergabe von Verkehrsinformationen zu Störfällen an den Rundfunk, Informationstafeln an den Straßen, Navigationsgeräte, Smartphone-Apps und Internet sollen die Verkehrsteilnehmenden rechtzeitig über die Störungssituation informieren.

Berlin, den 21. Juli 2014

In Vertretung

Christian Gaebler

.....
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Juli 2014)